

Politik der Beziehungen, Dr. Antje Schrupp

Vortrag am 14.03.2012 zur Verleihung des Frauenförderpreises der Stadt Nürnberg an Annelie Matthiesen

Vor einiger Zeit traf ich bei einer Tagung zur Geschichte der Frauenbewegung die Soziologin Frigga Haug, die seit Jahrzehnten in der Frauenbewegung aktiv ist. Und sie sagte etwas, das mir sehr eindrücklich war. Sie sagte: Das hauptsächliche Werkzeug der Feministinnen sei ihr Adressbuch gewesen.

Beziehungen und Netzwerke sind die Grundlage des Feminismus. Ich nehme an, Annelie Matthiesen hat auch ein gut gefülltes Adressbuch

Andere zu kennen, denen man sich anvertrauen kann, die Informationen weiter geben können, die man mobilisieren kann für eine politische Aktion, der Austausch von neuen Büchern und Texten, von Schlafplätzen, von Adressen von Frauenprojekten in anderen Städten, zu wissen, wen man fragen kann, wenn man selbst oder eine Freundin oder die Freundin einer Freundin ein Problem hat oder eine Idee verwirklichen möchte, Namen von Frauen, die irgendwo in einer einflussreichen Position sind und ihre Ressourcen für eine gute Sache zur Verfügung stellen können.

Aber dass Beziehungen die Grundlage der Frauenbewegung sind, hat nicht nur solche praktischen Aspekte. Die italienischen Feministinnen vom Mailänder Frauenbuchladen haben diese Praxis der Beziehungen noch grundlegender analysiert. In ihrem wichtigen und auch in Deutschland weit verbreiteten Buch „Wie weibliche Freiheit entsteht“ stellten sie die These auf, dass Beziehungen unter Frauen notwendig sind, um in einer von Männern und ihren Institutionen dominierten Welt einen unabhängigen Standpunkt einnehmen zu können.

„Affidamento“, sich anvertrauen, ist das Stichwort, unter dem dieser Gedanke die Runde gemacht hat. Es bedeutet, dass wenn eine Frau einen Wunsch hat, eine Idee, ein Vorhaben oder auch Zweifel, Probleme, Ängste, es wichtig ist, dass sie dabei auf die Unterstützung, die Hilfe und auch die kritische Auseinandersetzung anderer Frauen zurückgreifen kann. Aus diesem „sich Anvertrauen“, aus dieser Qualität der Beziehungen unter Frauen, entsteht weibliche Freiheit. Sie sind die Basis dafür, dass Frauen sich für das, was sie für richtig halten, einsetzen, ohne sich dabei am Urteil, dem Lob oder der Kritik von Männern orientieren zu müssen.

Es ist für eine Politikwissenschaftlerin wie mich schon sehr auffällig, dass die Frauenbewegung sich nie die Form einer festen Organisation oder Partei gegeben hat. Natürlich hat sie auch institutionalisierte Formen angenommen, einige davon haben wir in der Laudatio gehört. Es gibt Frauenverbände, Frauenzentren, Gleichstellungsbeauftragte, die Emma. Aber es würde wohl niemand sagen, dass sie zentral für die Frauenbewegung wären.

Die öffentlich sichtbaren Projekte sind immer konkrete, an einen bestimmten Kontext gebundene Formen, die für eine Weile Bestand haben und auch wichtig sind, oder die einen bestimmten Teilaspekt der Frauenbewegung hervorheben. Sie sind so etwas wie die Spitze des Eisberges, der öffentlich sichtbare Teil unseres Engagements, der eine sehr viel breitere Basis unten drunter hat. Diejenigen von uns, die in solchen feministischen Institutionen, wenn wir das mal so nennen wollen, aktiv sind, wissen, dass sie nur so lange Bestand haben, wie sie von einem stabilen Beziehungsnetz getragen sind.

Ich glaube, die gesamtgesellschaftliche Bedeutung dieser weiblichen Praxis einer „Politik der Beziehungen“ ist noch nicht gut analysiert. Beziehungen haben in der allgemeinen politischen Diskussion einen eher negativen Beigeschmack. Sie klingen nach Korruption und Vorteilsnahme, nach dem Verlust von Objektivität und Neutralität, und oft zu Recht. Das ist ja auch jetzt im Zusammenhang mit dem Rücktritt von Christian Wulff als Bundespräsident noch einmal deutlich geworden.

Meine These ist, dass es hier einen politischen Konflikt gibt zwischen einer eher weiblichen und einer eher männlichen Art, Privates und Öffentliches zu vermischen. Wenn ich es einmal sehr zugespitzt sagen darf, nutzen Männer ihren Einfluss und ihre Macht oft dazu aus, um sich und ihren Freunden Vorteile zu verschaffen, während Frauen ihre Beziehungsnetze nutzen, um institutionelle Projekte am Leben zu halten.

Ich meine das nicht im Sinne von Frauen sind die besseren Menschen. Es gibt gewiss auch Frauen, die sich persönliche Vorteile aus Machtpositionen herausnehmen, und es gibt natürlich auch Männer, die sachbezogen arbeiten.

Ich meine aber doch, dass es hier nicht einfach um individuelle Vorlieben oder Verfehlungen geht, sondern um einen Widerspruch zwischen einer eher weiblichen Praxis und einem historisch männlichen Verständnis von institutioneller Politik, die auf gewisse Weise miteinander unvereinbar sind. Und ich glaube, dass wir diesen Konflikt aussprechen und sichtbar machen müssen.

Der traditionelle männliche Weg, zwischen Beziehungen und Institutionen zu unterscheiden, ist die Herausbildung fester Regeln und Kontrollmechanismen, die Korruption verhindern und eine geregelte Teilnahme aller als Gleiche gewährleisten sollen: Parteien, Vereine, Justiz, Universitäten, Medien. Eben die klassischen gesellschaftlichen

Institutionen, die unser öffentliches Leben prägen. Es sind bekanntlich historisch männliche Institutionen, die von Männern für Männer geschaffen wurden, und zwar auf der Basis des expliziten Ausschlusses der Frauen. Gleichzeitig wurden die Frauen eingeschlossen in eine so genannte weibliche Sphäre von Familie und gegenseitiger Fürsorge, die nach prinzipiell anderen Regeln organisiert war als die institutionell-öffentliche Welt der Männer.

Die Öffnung der traditionellen Institutionen für Frauen im Zuge ihrer Gleichstellung mit den Männern bringt diesen „Geschlechtervertrag“, wie Carol Pateman es genannt hat, ins Wanken. Es ist ein Fehler zu glauben, dass es reichen würde, Frauen in das Bestehende zu integrieren, sie zu fördern und zu trainieren, damit sie die Klaviatur der Männerinstitutionen und ihrer Spielregeln ebenfalls beherrschen. Nein, es geht darum, das Ganze neu zu denken. „Das Private ist Politisch“ war eine der wichtigsten Erkenntnisse der Frauenbewegung, und das bedeutet nicht nur, dass prügeln Ehemänner keine Privatsache sind, sondern die gesamte Gesellschaft angeht, es heißt auch, dass die Unterscheidung der Sphären nicht mehr gilt, und dass der Bereich der Beziehungen, der den Frauen so wichtig ist, selbst bereits eine politische Praxis ist.

Dass die von Frauen praktizierte Politik der Beziehungen mit der herkömmlichen Struktur von Parteien und Institutionen inkompatibel ist, kommt heute erst so richtig heraus. In den 1980er Jahren waren die Frauen noch sehr damit beschäftigt, sich ihren Zugang zu den Institutionen zu erkämpfen. Ich war damals eine junge Journalistin und erinnere mich noch gut daran, dass ich oft Geschichten geschrieben habe über die erste Frau hier oder da, die erste Bürgermeisterin, die erste Vereinsvorsitzende und so weiter.

Das war eine aufregende Zeit, die Frauen hatten Pionieringeist. Sie nutzten ihre persönlichen Netzwerke, um für frei werdende Positionen Kandidatinnen zu finden, sie bestärkten sich gegenseitig, sie kämpften gegen eine meist skeptische oder missgünstige Männermehrheit und die damals noch oft geäußerten Zweifel, ob Frauen das denn überhaupt können.

Heute, dreißig Jahre später, ist der Elan verflogen. Wir haben alles schon erreicht. Und wenn es noch aufregend ist, die erste Bürgermeisterin zu sein, so ist es weitaus weniger aufregend, die fünfte zu sein. Wir haben längst bewiesen, dass Frauen alles können. Die Frage, die sich heute stellt, lautet vielmehr: Wollen sie das alles denn auch?

Und die Antwort lautet offenbar: Eher nicht. Alle Parteien, alle herkömmlichen Institutionen haben große Schwierigkeiten, Frauen zu finden, die sich in ihnen engagieren wollen, vor allem in Spitzenämtern. Warum soll ich mir das antun? fragen sich viele.

Es werden verschiedene Erklärungen dafür gegeben: Die schwierige Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Nachwirkungen einer weiblichen Sozialisation. Gläsernen Decken und Old Boys Networks. Neuerdings mischen sich auch wieder Antifeministen in die Diskussion und behaupten, Frauen wären einfach zu faul.

Aber all das kann es den Trend nicht ausreichend erklären. Vor allem kann es nicht erklären, warum der Frauenanteil nicht einmal langsam und winzig kleinen Schritten ansteigt, trotz all unserer Anstrengungen und Top-Down-Programmen wie Frauenförderung und Gender Mainstreaming, sondern stagniert oder sogar rückläufig ist.

Es muss noch andere Gründe geben, und meine Vermutung ist, dass Frauen eben nicht nur von widrigen Umständen aus institutionellen Führungspositionen ferngehalten werden, sondern dass sie sie nicht mit dem gleichem Enthusiasmus und in gleicher Zahl anstreben wie Männer. Wobei man übrigens beobachten kann, dass inzwischen auch viele Männer sich abwenden. Immer mehr Menschen sind vom Sinn dieser Art von Institutionenpolitik einfach nicht überzeugt.

Das bringt diese Institutionen natürlich unter Legitimitätsdruck. Gerade letzte Woche starteten die Grünen eine groß angelegte Werbeaktion, mit der sie mehr Frauen in die Partei holen wollen. Denn obwohl die Grünen seit Jahrzehnten ganz bewusst Frauenpolitik machen und alle Ämter mit 50 Prozent quotiert haben, ist die Partei für Frauen nicht wesentlich attraktiver als Parteien generell. Deutlich über 60 Prozent ihrer Mitglieder sind Männer. Im Landesverband von Schleswig-Holstein haben die Grünen sogar schon darüber diskutiert, ob sie die Quote nicht wieder abschaffen sollen – einfach aus dem Grund, dass sie nicht genügend Frauen finden, die für Spitzenämter kandidieren möchten.

Kurz und gut, was wir derzeit erleben, das ist eine Wiedervermännlichung der Welt. Und das ist ein sehr bedenklicher Trend, der unsere Aufmerksamkeit verdient. Denn der Rückzug der Frauen ist nicht einfach ein Zurück zu voremanzipatorischen Zeiten. Institutionen, denen es nicht gelingt, Frauen für sich zu motivieren, müssen sich heute zunehmend dafür rechtfertigen. Das ist ein wichtiger Unterschied zur Zeit vor der Frauenbewegung, und auch der Grund, warum sich immer mehr gesellschaftliche Kräfte für eine Frauenquote aussprechen – die Kluft wird einfach zu groß zwischen dem vielfältigen Engagement von Frauen in allen möglichen Bereichen und der großen Bedeutung, die das für unsere Gesellschaft und unser aller Leben hat – und Annelie Matthiesen ist ja ein gutes Beispiel dafür – und der Männerdominanz in den klassischen Führungsgremien eben dieser Gesellschaft, seien es die Parteien, die Universitäten, die Wirtschaftskonzerne oder die Medien.

Bei der Frage, wie man dieses Ungleichgewicht beheben kann, liegt der Fokus im Allgemeinen auf der Frage, mit welchen Maßnahmen der Frauenanteil in den traditionellen Gremien und Institutionen erhöht werden kann. Ich würde das Pferd lieber von der anderen Seite her aufzäumen und fragen: Sind vielleicht gar nicht die Frauen das Problem, sondern die Art und Weise, wie diese Institutionen funktionieren? Gibt es denn nicht etwa gute Gründe, warum Frauen sie unattraktiv finden? Sollten wir also nicht nur fragen, wie man mehr Frauen in Parteien und Chefredaktionen und Aufsichtsräte bekommt, sondern eher, was mit dieser Art der Organisation nicht stimmt, dass sie für Frauen so unattraktiv sind?

Dass all diese traditionellen Institutionen nicht mehr wirklich gut funktionieren steht ja wohl außer Frage. Sie, nicht die Frauen sind in der Krise, wie man jeden Tag in der Zeitung lesen kann. Immer mehr Menschen fragen sich, welche politischen Gestaltungsmöglichkeiten Parteien einem neoliberalen kapitalistischen Markt gegenüber überhaupt noch haben. Die Medien bekommen zunehmend Konkurrenz durch den freien Austausch von Informationen und Meinungen im Internet, und sie reagieren darauf mit fast schon lächerlicher Verzweiflung und immer boulevardeskerem Nonsens-Journalismus. Und die Banken und Konzerne schließlich haben die Welt längst an den Rand des Ruins gewirtschaftet.

Manche mögen ja die Hoffnung hegen, dass wenn in diesen Bereichen mehr Frauen mitarbeiten würden, sie den Karren nochmal aus dem Dreck ziehen können. Aber viele Frauen haben da offensichtlich so ihre Zweifel, ich auch. Frauen sind ja nicht per se bessere Menschen. Und die Handlungsmöglichkeiten der Einzelnen innerhalb dieser Institutionen sind sehr gering. Es besteht ein großer Anpassungsdruck auf Frauen, die dort etwas verändern möchten. Man verlangt von ihnen teils ganz offen, sich an die geltenden Spielregeln zu halten. Viele, die versucht haben, dort etwas Substantielles zu verändern, ziehen eine eher zwiespältige Bilanz und sagen rückblickend, dass sie weniger erreicht haben, als sie sich erhofft hatten. Diese Erfahrungen sollte wir kritisch auswerten und nutzen.

Denn Appelle an die Frauen, doch irgendwo einzutreten und zu kandidieren, helfen nicht weiter. Vielleicht ist es besser, einen Schritt zurück zu treten, und noch einmal genau zu schauen, wie denn die Politik der Frauen für sich genommen aussieht. Und dann zu fragen, wie wir die Erfahrungen, die wir mit einer Politik der Beziehungen haben, einbringen können in das Projekt, die traditionellen Institutionen so zu transformieren, dass sie ihre Aufgaben wieder wahrnehmen können.

Ein guter Ausgangspunkt dabei ist, sich noch einmal anzuschauen, wie genau der Zusammenhang zwischen „privat“ und „politisch“ in der Politik der Frauen funktioniert. Ich bin seit gut zwanzig Jahren in feministischen Netzwerken aktiv, wobei ich gar nicht einmal sicher bin, ob „Netzwerk“ hier der richtige Ausdruck ist. Denn das Bild des „Netzes“ erweckt so eine Art gleichmäßiges Raster mit ordentlichen Fäden und Kreuzungspunkten in fein säuberlich ausgemessenen Abständen.

Mein feministisches Beziehungsnetz sieht ganz anders aus. Da gibt es auch viele Fäden, aber sie laufen kreuz und quer, sie sind mal dicker und mal dünner, mal kürzer und länger. Mein Beziehungsnetz sieht sozusagen sehr unordentlich aus. Ich habe mit manchen Frauen intensivere Beziehungen und mit anderen weniger intensive. Diese Beziehungen sind immer davon abhängig, was die Beteiligten wollen und wo sie sich gegenseitig unterstützen können. Manche Frauen sind mir sehr wichtig, weil wir viele gemeinsame Projekte haben und ähnliche Ideen und Wünsche, mit anderen habe ich nur sporadisch zu tun.

Die Italienerinnen sprechen diesbezüglich von „dualen Beziehungen“. Das, was im Zentrum steht, ist nicht das Netzwerk einer undefinierten Masse von Frauen, sondern die konkrete Beziehung zwischen einer Frau und einer anderen. Um die herum siedeln sich andere Beziehungen und Verknüpfungen an und so weiter. Die Italienerinnen nennen das einen „fleischlichen Kreis“, also ein Netzwerk, das nicht durch Regeln oder formale Rahmenbedingungen zusammengehalten wird, sondern durch konkrete Frauen in Fleisch und Blut, die gemeinsame Beziehungsgeschichten mit jeweils einer bestimmten anderen Frau verbindet. Das Netz hat kein Zentrum, und es ist auch keine gleichmäßige dezentrale Fläche, sondern es sieht von jedem Standpunkt aus anders aus.

Während die klassischen Institutionen die Menschen vor allem unter dem Aspekt ihrer Gleichheit betrachten, besteht der Witz in einer Politik der Beziehungen gerade darin, dass die beteiligten Personen nicht gleich, sondern unterschiedlich sind. Manche von uns schreiben Bücher, andere nicht. Manche organisieren Treffen und Tagungen, andere arbeiten lieber allein vorm Computer. Manche bringen Kuchen und Blumen mit, andere haben keinerlei hausfrauiche Qualitäten. Manche stellen gerne steile Thesen auf, andere moderieren und vermitteln lieber.

Je nachdem, welchen Wunsch eine gerade hat, wird sie sich an die eine oder die andere wenden. Es gibt für das Begehren keinen normierten Dienstweg, seine Wege sind verschlungen, unvorhersehbar, uneinheitlich. Gerade die Fülle unserer unterschiedlichen Talente und Wünsche und Fähigkeiten macht die Stärke dieses Beziehungsnetzes aus. Dass das natürlich auch Konflikte mit sich bringt, muss ich Ihnen vermutlich nicht sagen, aber wenn wir die Fülle dieses Netzwerkes nutzen möchten, müssen wir auch diese Konflikte innerhalb des „fleischlichen Kreises“ und innerhalb der dualen Beziehungen lösen. Wir können dabei nicht allgemeingültige Regeln und Gesetze anwenden, wie es in den traditionellen Institutionen üblich ist.

Was bei einer Politik der Beziehungen zählt, das ist auch nicht die Quantität der am Netzwerk beteiligten Personen, sondern die Qualität des Austauschs. Die gesellschaftsverändernde Kraft liegt darin, dass es einen qualitativen Sprung geben kann, wenn im gemeinsamen Austausch zwischen Begehren und Autorität eine Idee geboren wird, die vorher noch nicht auf der Welt war. Ein fruchtbares und inspirierendes Gespräch zwischen zweien, dreien oder vierten kann für die Welt bedeutsamer sein als eine Demonstration von zweitausend, dreitausend oder viertausend Frauen, bei der nur altbekannte Forderungen wiederholt werden.

Die Stärke des „Beziehungsfeminismus“ ist also ganz und gar nicht dasselbe, wie das, was heute unter „Networking“ verstanden wird. Die Qualität, die darin liegt, ist nicht gegeben, wenn wir die anderen als Mittel zum Zweck zur Erreichung unserer Ziele ansehen, sondern nur, wenn es echte, nicht-instrumentelle Beziehungen sind.

Mein feministisches Beziehungsnetz ist aber nicht nur unordentlich und durcheinander gewebt, sondern es verändert sich auch ständig. Unsere Wünsche ändern sich, unsere Vorlieben, und dann werden an der einen Stelle Beziehungen gelockert oder aufgelöst, an anderer Stelle neu geknüpft. In einer Frauengruppe, in der wir genau darüber diskutierten – nämlich über die Frage: Wie funktioniert eigentlich unsere politische Praxis der Beziehungen? – entstand einmal das Bild des Knäuels. Manchmal knäulen sich unsere Beziehungen an einer Stelle sozusagen zusammen, und dann entsteht ein gemeinsames Projekt, das sehr oft dann auch das Licht der großen Öffentlichkeit erblickt und institutionelle Formen annimmt.

Zum Beispiel, wenn ich mit anderen zusammen einen Verein gründe, einen großen Kongress organisiere oder ein Buch herausbringe. Oder wenn irgendwo ein Frauenhaus gegründet oder eine politische Aktion gestartet wird. Dann werden für einen gewissen Zeitraum die Beziehungen an dieser Stelle sehr intensiv und dicht, man hat oft miteinander zu tun, trifft sich regelmäßig, verbindet sich enger. Es entsteht also eine Eisbergspitze, die die Meeresoberfläche durchdringt.

In dem Moment, wo sich eine feste, institutionelle, für alle erkennbare Form bildet, müssen die Frauen, die das initiiert haben, sich an die in der Institutionenlogik geltenden Regeln halten, sich also jener historisch männlichen Form von Politik unterwerfen. An diesem Punkt ergeben sich oft Irritationen und Schwierigkeiten, die mit der Inkompatibilität beider politischen Praxen zusammenhängen.

Eine Schwierigkeit dabei bezieht sich zum Beispiel auf die Idee der Repräsentation. In der Institutionenpolitik ist es üblich und oft sogar erforderlich, eine Person zu bestimmen, die im Namen der anderen sprechen und sie nach außen hin vertreten soll (nachgebildet der patriarchalen Familie mit Oberhaupt): der Vereinsvorsitzende, der Chef, die Bundeskanzlerin. Diese Idee, ein Repräsentant, eine Repräsentantin könne im Namen der anderen sprechen, widerspricht jedoch der Politik der Beziehungen, die ja im Gegenteil genau darauf beruht, dass jede für sich selbst spricht, in erster Person. Viele Frauen mögen die Repräsentationspolitik nicht. Auch weil dadurch alle Verdienste und das ganze Ansehen eines Projektes auf eine Person konzentriert wird, während doch in Wirklichkeit sehr viele in unterschiedlichen Rollen zum Erfolg beitragen.

Häufig entsteht dann so ein Mischmasch zwischen den Beziehungen und der Institutionenlogik, der den Keim für viele Konflikte in sich trägt. Manche Frauenvereine halten sich zum Beispiel bloß pro Forma an die Regeln der Institutionalisierung, zum Beispiel bestimmen sie eine Vorsitzende, die aber gar nicht „wirklich“ eine Vorsitzende ist. Wenn möglich, praktizieren sie „kollektives Sprecherinnen-tum“, das heißt, jede, die dort mitarbeitet, bekommt die Erlaubnis, als Sprecherin aufzutreten. Auf solche Art den Sinn institutioneller Regeln auf Beziehungsebene zu unterlaufen, kann übrigens durchaus Spaß machen.

Es kann es aber auch Probleme geben, wenn etwa am Anfang, wenn alle noch begeistert und die Beziehungsbasis stabil ist, nicht auf die genaue Formulierung der vertraglichen Regeln geachtet wird, und man sich dann später, wenn die Beziehungen vielleicht zerbrochen sind, vor Gericht wieder sieht – was dann umso schmerzhafter ist.

Andererseits gibt es auch viele Frauenprojekte, die sich bewusst außerhalb dieser Verfahren halten, eben weil sie die Beziehungen nicht gefährden wollen oder auch, weil ihnen die ganze langweilige damit verbundene Arbeit lästig ist. Ich selbst bevorzuge zum Beispiel diesen letzteren Weg. Der Preis dafür ist aber, dass man auf Geld und öffentliche Förderung verzichtet, weil zum Beispiel nur ein gemeinnütziger Verein öffentliche Zuschüsse bekommt oder Spendenquittungen ausstellen kann und so weiter.

Es ist also schwierig, eine Politik der Beziehungen und die Logik der Institutionen in Einklang zu bringen, und ich bin der Meinung, es wäre lohnend, das genauer zu untersuchen und in die öffentliche Politikdebatte einzubringen.

Es gibt noch einen Unterschied: Initiativen, die auf der Grundlage einer Politik der Beziehungen in der Welt sichtbar werden, sind nicht unbedingt für alle Ewigkeit bestimmt. Sie entstehen aus einem konkreten Begehren in einer bestimmten Situation, als Antwort auf ein drängendes Problem zum Beispiel. Es ist möglich, dass sich das Begehren der Beteiligten nach einer Weile wieder anderswo hin orientiert, und das ist – aus der Perspektive einer Politik der Beziehungen – auch gar nicht schlimm. Denn die Beziehungen bleiben ja bestehen, sie schöpfen aus der Erinnerung

und aus dem Wissen um das gemeinsam Erreichte. Aus der Perspektive einer Institutionenpolitik hingegen wird das Ende eines solchen Projektes oft als Niederlage erlebt.

In der Tat sind ja viele Frauenprojekte der 1970er und 1980er Jahre inzwischen wieder eingestellt worden – offenbar mit Ausnahme derer, die Annelie Matthiesen mit gegründet hat □ – Aber: das ist auch gar nicht schlimm. Die reine Dauer eines Projektes ist doch nicht per se ein Zeichen für Qualität. Es ist zwar schön, wenn Projekte dauerhaft sind, aber nur, wenn sie auch weiterhin dem Begehren der Beteiligten entsprechen. Werden sie nur noch aus Pflichtgefühl am Leben erhalten, ist es manchmal besser, sie zu Ende gehen zu lassen. Dadurch wird doch Kraft und Energie frei, die sich an anderer Stelle wieder „zusammenknäulen“ kann.

Wir dürfen die Politik der Beziehungen nicht an den Erfolgskriterien der Institutionen messen. Institutionen sind darauf ausgerichtet, auf Dauer zu existieren. Ihre Regularien sollen ja gerade sicher stellen, dass sie auch unabhängig von den konkreten beteiligten Personen existieren können. Die repräsentativen Ämter bleiben in ihren Aufgabenbeschreibungen gleich, ganz unabhängig davon, welcher Mensch das Amt ausübt. So muss sich auch eine Bundeskanzlerin mit ihren männlichen Vorgängern messen, sie muss das Amt „ausfüllen“ und darf es nicht nach ihren Vorstellungen prägen – eigentlich. Interessanterweise tut Angela Merkel trotzdem ganz genau das. Ich bin inhaltlich mit ihrer Politik meist nicht einverstanden, aber die Art und Weise, wie sie „regiert“, ist außergewöhnlich souverän und verdiente es, aus feministischer Perspektive untersucht zu werden. Ich glaube, sie könnte ein Rollenmodell für ambitionierte Frauen sein.

Vorbilder, also Beispiele von Frauen, die sich an den Orten der Macht bewegen, ohne sich ihrer Logik gänzlich zu unterwerfen, die an diesen Orten ihren eigenen Maßstäben und ihrem eigenen Begehren treu bleiben, brauchen wir jedenfalls dringend. Eben, um dem Trend zur Wiedervermännlichung der Welt etwas entgegen zu halten.

Es liegt nämlich durchaus auch eine Gefahr in der weiblichen Politik der Beziehungen. Chiara Zamboni warnt uns davor. Sie schreibt:

„Trotz der Bedeutung von Beziehungen für die Politik dürfen wir die Politik keineswegs auf Beziehungen reduzieren. Beziehungen sind die Bedingungen, um den politischen Raum zu eröffnen. Sie sind notwendige, aber nicht hinreichende Bedingungen. Sie sind wie Brücken. Aber Brücken bringen einen entweder ans andere Ufer, oder sie werden zu einer Art Falle. Es ist gefährlich, sein Herz an Brücken zu hängen und anzufangen, sie zu bewohnen, als ob sie die ganze Welt wären. In anderen Worten: Wer sich mit Beziehungen begnügt, verliert die Welt aus dem Blick. Und diesen Fehler, sich für Beziehungen zu begeistern und den Blick von der Welt abzuwenden, habe ich bei vielen Frauen gesehen, die manchmal schließlich die Beziehungen mehr liebten oder mehr an sie gebunden blieben als an den Sinn und die Veränderung des Realen. Aber warum sollte jemand Politik machen ohne Leidenschaft für das, wofür er oder sie kämpft?“

Wir haben einmal bei einer Tagung lange darüber diskutiert, welchen Namen wir unseren Beziehungen eigentlich geben können. Denn, genau wie Chiara schreibt: Wir sind keine Freundinnen im traditionellen Sinn. Wir treffen uns nicht, um unsere Freizeit miteinander zu verbringen, um Spaß miteinander zu haben oder weil wir uns gegenseitig mögen, sondern wir treffen uns, um etwas zu bewirken, etwas Politisches zu tun. Unsere Beziehungen sind die Brücke, der Weg, die Basis, aber nicht Selbstzweck.

Wir sind aber auch nicht einfach Kolleginnen oder Parteifreundinnen, die sich nur instrumentell zusammenschließen, um ein Ziel zu erreichen. Eine Politik der Beziehungen ist, wie gesagt, KEIN Networking, sie funktioniert nicht, wenn ich die anderen nach ihrer Nützlichkeit für meine Vorhaben auswähle. Es geht durchaus um Sympathie, darum, dass ich mich von einer anderen, von ihren Ideen, ihren Projekten, ihrem Wissen angezogen fühle, um seelischen Gleichklang – eben genau wie bei einer Freundschaft.

Chiara hat dann gesagt, wir seien „Politische Freundinnen“. Ja, und das stimmt. Unser Engagement ist politisch, auch wenn es sich nicht dauerhaft institutionalisiert. Wir sind Freundinnen, aber diese Freundschaft beruht auf einem gemeinsamen Begehren, Politik zu machen und die Welt zu gestalten. Unser Engagement ist auf der Grenze zwischen öffentlich und privat, und das ist auch gut so.

Auf der Grenze. Diese Politik der Beziehungen schließt politisches Engagement innerhalb der bestehenden Institutionen überhaupt nicht aus. Es gibt keine besseren und schlechteren Orte, um Politik zu machen, schreibt Fulvia Bandoli in einem neuen Buch der Diotima-Philosophinnen mit dem Titel „Macht und Politik sind nicht dasselbe“. Ich habe es zusammen mit Dorothee Markert ins Deutsche übersetzt, es erscheint voraussichtlich im Mai im Ulrike Helmer Verlag. Ich empfehle es Ihnen sehr. Auch das Zitat von Chiara Zamboni über die Brücken stammt daraus.

Das Buch zeigt, dass eine Rückbesinnung auf die weibliche Politik der Beziehungen nicht bedeutet, dass Frauen sich von den Orten institutioneller Macht fern halten sollen, ganz im Gegenteil.

Wenn Frauen sich heute von diesen Orten fern halten, dann weil sie den Eindruck haben, dort nur noch der Logik der Macht ausgesetzt zu sein und ihre politischen Vorhaben gar nicht mehr umsetzen zu können.

Macht und Politik werden heute oft schlicht gleichgesetzt – und das ist für die weibliche Politik der Beziehungen Gift. Es wird behauptet, wer Politik machen will, müsse Macht anstreben, und es wird behauptet, Macht zu haben sei praktisch schon dasselbe wie Politik machen. Aber das ist grundfalsch. Sicher: Macht und Politik sind oft untrennbar miteinander verwoben und gehen schleichend ineinander über. Aber sie sind trotzdem nicht dasselbe.

Politik bedeutet, dass ich mit anderen über die Gestaltung der Welt verhandele. Sie erfordert Aufmerksamkeit, Offenheit, die Bereitschaft sich selbst zu hinterfragen, Phantasie, das sich Einlassen auf Ungeplantes und Unvorhergesehenes. Macht hingegen bedeutet, dass ich aufgrund äußerer Strukturen die Möglichkeit habe, Dinge durchzusetzen, ohne das Begehren und die Freiheit der anderen dabei in Betracht ziehen zu müssen.

Wer Politik machen will, ist unweigerlich mit der Macht konfrontiert. Die entscheidende Frage ist deshalb, wie man die politische Leidenschaft und das Begehren nach Politik überall hintragen kann, auch an die Orte der Macht. Wie können wir uns dort aufhalten, ohne die Politik der Beziehungen zu verleugnen und zu gefährden?

Ich bin überzeugt, wenn es uns gelingt, auf diese Frage Antworten zu finden, zum Beispiel indem wir uns stärker über unsere positiven wie negativen Erfahrungen auf diesem Gebiet austauschen, werden sich auch wieder mehr Frauen finden, die sich an den Orten der Macht engagieren, die für Spitzenämter kandidieren und dabei gewinnen wollen. Die sich die Frage: Warum tue ich mir das an? Damit beantworten: Weil ich wirklich einen Sinn darin sehe und die begründete Hoffnung habe, etwas verändern zu können.

Zum Schluss möchte ich noch kurz auf eine neue Entwicklung zu sprechen kommen, die von einer ganz anderen Seite kommt, aber meiner Ansicht nach vieles von dem bestätigt, was die Politik der Frauen schon so lange praktiziert: Nämlich das Internet und vor allem die sozialen Medien. Also die Möglichkeit, sich in sozialen Netzwerken wie zum Beispiel Facebook mit anderen zu verbinden und auszutauschen.

Das Web 2.0, wie es auch genannt wird, macht ja die Wichtigkeit von sozialen Beziehungen sichtbar und bewusst und stellt sehr gute technische Instrumentarien dafür zur Verfügung. Zum Beispiel ist es mit Hilfe von Plattformen wie Facebook oder Twitter möglich, Beziehungen zu sehr viel mehr Menschen zu pflegen, als das früher möglich war, als man auf Faxe, Briefe oder Telefon angewiesen war. Oder es ist möglich, zu publizieren und sich in öffentliche Diskurse einzumischen, ohne den Weg über Mainstreammedien oder Institutionen gehen zu müssen. Gruppen und Bewegungen können sich organisieren und etwas bewirken, ohne repräsentative Vereine und Sprecherinnen auszubilden. Im Netz spricht tatsächlich jede für sich selbst, und trotzdem sind gemeinsame Aktionen möglich, wie zum Beispiel vor einigen Tagen, als der Protest aus dem Internet den Energiekonzern E-on dazu gebracht hat, ein gewaltverherrlichendes Werbevideo abzuschalten. Der Protest kam über die Netzwerke zustande, die einen wiesen die anderen darauf hin, wir schrieben Pinnwandbeiträge auf der Eon-Facebookseite. Niemand sprach im Namen „der Frauen“, sondern jede Frau und jeder Mann schrieb nur für sich selbst, aber die Beteiligten kannten sich bereits aus anderen Diskussionen, bestärkten sich gegenseitig, und so entstand für kurze Zeit ein sichtbares und wirkungsvolles „Knäuel“, das konkret etwas bewirkt hat.

Viele der Erkenntnisse, die im Zusammenhang mit der so genannten „Netzpolitik“ jetzt „neu“ zu Bewusstsein kommen, sind mir aus der Frauenbewegung schon lange vertraut. Vor allem natürlich, dass die Unterscheidung zwischen Privat und Öffentlich eine künstliche ist, die in dem Moment, wo Menschen sich direkt miteinander vernetzen und das Politikmachen nicht mehr an Repräsentanten, Parteien und Institutionen delegieren, nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Deshalb wundert es mich auch gar nicht, dass in den sozialen Netzwerken mehr Frauen als Männer aktiv sind.

Allerdings – und das finde ich schade – noch nicht so sehr die älteren Frauen. Sie sind dem Internet gegenüber eher zurückhaltend, und es gibt ja auch gute Gründe, skeptisch zu sein. Aber die Chancen überwiegen die Gefahren doch bei weitem. Vor allem, wenn man bereits Erfahrungen mit einer Politik der Beziehungen hat. Es ist übrigens so, dass ältere Frauen, wenn sie erst einmal die Einstiegshürden überwunden haben, diese Möglichkeit des Austauschs ebenfalls sehr schätzen.

Wie und auf welche Weise sich die Landschaft des Politischen und der gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse durch das Internet verändern wird, ist jetzt noch nicht abzusehen. Es gibt neben den ermutigenden Entwicklungen auch problematische und bedenkliche, in punkto Datenschutz zum Beispiel oder auch in punkto Diskussionskultur. Umso wichtiger finde ich es, dass Frauen sich mit ihrer Expertise an diesen Debatten beteiligen und hier Einfluss nehmen. Denn das Internet wird nicht wieder weggehen. Draußen bleiben ist keine Option.

Und das Wissen der Frauen darüber, wie Beziehungsnetze auf der Grenze von Privat und Politisch funktionieren, das schon viel älter ist als das Internet, sollte hier einfließen. Ich beobachte zum Beispiel, dass Frauen das im Schnitt besser beherrschen als Männer. Sie posten Privates, aber meiden falsche Intimität, während viele Männer, vor allem

politisch Engagierte, nur ihre „offiziellen“ Werbesachen verteilen, was aber schnell langweilig wird. Aber wie gesagt, hier muss sich erst noch zeigen, wie sich das weiter entwickelt, wir stehen erst ziemlich am Anfang.

Ich jedenfalls wünsche mir, dass sich die Ideen und das Wissen der Feministinnen und politisch aktiven Frauen in der Welt verbreitet. Und es gibt kein besseres Medium dafür als das Internet. Das Internet bietet die Möglichkeit, andere an unserer Praxis der Beziehungen teilhaben zu lassen, bei Facebook oder auf Foren können sie zuschauen, wie wir untereinander diskutieren, sie können unsere Blogs lesen und wir können mit ihnen diskutieren. Wir können im Internet mit Menschen in Kontakt kommen, die wir anders nie getroffen hätten, zum Beispiel, weil sie zwar interessiert an einer Politik der Frauen sind, aber nicht so stark, dass sie zu einem feministischen Vortrag in ein Frauenzentrum gehen würden.

Die Politik der Beziehungen, die die Frauen schon so lange pflegen, gewinnt jedenfalls zurzeit rasant an öffentlicher Sichtbarkeit. Die Trennung verschiedener Rollen, von denen die klassischen politischen Strukturen geprägt sind, befindet sich in Auflösung – und Frauen sind Expertinnen darin, an der Grenze zwischen Privatem und Politischem Politik zu machen.

Vielleicht sind sie sich dieser Stärke nicht immer bewusst, weil sie wenig darüber reflektiert haben und die Maßstäbe ihrer „Frauenpolitik“ in der Vergangenheit oft von den Maßstäben der Institutionenpolitik abgeleitet haben. An diesem Maßstab gemessen konnte die Bilanz der Politik der Frauen manchmal kläglich aussehen: Keine großen Zahlen, keine mitgliederstarken Vereine, keine sichtbare Lobby, wenig Berichterstattung in den Mainstream-Medien.

Aber ist es nicht der Frauenbewegung trotz dieser scheinbar mickrigen Bilanz gelungen, unsere Gesellschaft in den letzten vierzig Jahren ganz maßgeblich zu verändern? Ist es nicht genau das, was wir an Tagen wie diesem feiern? Im Verhältnis von Frauen und Männern ist doch eigentlich kein Stein auf dem anderen geblieben. Natürlich sind wir immer noch nicht zufrieden, natürlich gibt es noch viel zu tun. Aber dass die Frauenbewegung keine Erfolge gehabt hätte, das kann man nun wirklich nicht behaupten. Ich meine sogar, es war die erfolgreichste soziale Bewegung, die wir jemals hatten.

Allein, es fehlt uns das Instrumentarium, um diese Erfolge zu messen und zu bewerten. Dass Frauen in den Spitzengremien unserer Gesellschaft trotz allem nicht in gleichem Maße vertreten sind, wie Männer, ist nämlich vielleicht – um mit einer steilen These zu enden – überhaupt kein Zeichen ihres Scheiterns, sondern im Gegenteil ein Zeichen ihrer Stärke. Vielleicht sind die Frauen längst schon anderswo, vielleicht sind sie bereits dabei, eine postpatriarchale Gesellschaft aufzubauen, die nach anderen Maßstäben funktioniert und den Herausforderungen unserer Zeit besser gewachsen ist. Vielleicht sind sie dort, wo neue Formen des Politischen bereits am Entstehen sind.
